

Nachrichten



SPANIEN

Kühle Königin

Letizia, die am 19. Juni Königin von Spanien wird, gilt als kühle Perfektionistin, die viele Spanier kaltlässt. SEITE 15

+++ Zürich: Neuer Tiefbahnhof Seite 13 +++ Irak: Armee erobert Städte zurück SEITE 14 +++ Ukraine: Krise hat sich verschärft SEITE 14 +++

11

Der Bund sollte sich um wahre Probleme des ÖVs kümmern

Im Land mit dem wohl pünktlichsten und perfektesten öffentlichen Verkehr der Welt soll ein Messsystem für die Pünktlichkeit und Sauberkeit von Zügen und Bussen eingeführt werden. Glücklicherweise die Behörden, die sich mit einem solchen Luxusproblem beschäftigen.

Man würde verstehen, wenn der öffentliche Verkehr in Italien oder England zu mehr Pünktlichkeit angehalten würde. Aber in der Schweiz, wo S-Bahnen und Postautos im Halb- oder gar Viertelstundentakt losfahren? Braucht es in unserem Land, wo der Standard des ÖVs unvergleichlich hoch ist, Mindeststandards, wie sie das Bundesamt für Verkehr vorsieht? Dessen Monitoringpläne wirken wie ein Misstrauensvotum gegenüber Bahn- und Busbetreibern. Es stimmt, dass es jüngst nach einer Serie von Pannen auf dem Bahnnetz Verspätungen gab, dass die Information der Passagiere dabei

BZ Kommentar



«Zeitpunkt»-Redaktor Stefan von Bergen über die Pläne für ein Qualitätsmesssystem im Regionalverkehr

nicht immer optimal war und dass voll besetzte Züge manchmal nicht mehr sauber sind. Dennoch kann man den SBB oder Postauto Schweiz kaum Nachlässigkeit vorwerfen. Vielmehr ist es beeindruckend, wie das Personal gerade in Notsituationen den Betrieb managt.

Die Politik und das fahrende Publikum fordern ein immer dichteres ÖV-Netz mit einer immer höheren Frequenz. Dadurch wird das System aber auch komplexer und fehleranfällig. Dass eine einzelne Verspätung heute sofort weit reichende Folgen hat, dafür können etwa die SBB wenig. Es ist ein Preis, den man für ein Hochleistungssystem entrichten muss. Die Pläne des Bundesamts für Verkehr bestätigen das ökonomische Gesetz, dass das selbstverständliche Vorhandensein eines Guts – in diesem Fall die Pünktlichkeit – die Ansprüche danach noch wachsen lässt. Wer etwas normalerweise

sofort bekommt, reagiert verärgert, wenn etwas mal nicht klappt.

Muss sich eine staatliche Behörde überhaupt mit einem teuren Messsystem um die Pünktlichkeit kümmern? Das tun Verkehrsverbände sowie Bahn- und Busbetreiber schon selber. Das Bundesamt sollte sich besser mit dringenderen Problemen des öffentlichen Verkehrs beschäftigen. Etwa mit den ständig steigenden Unterhaltskosten für das immer stärker belastete Bahnnetz. Gemäss der «SonntagsZeitung» werden die SBB dem BAV bald vorrechnen, dass die dafür im Fabi-Fonds bereitgestellten Gelder kaum reichen werden. Sollte die Übernutzung der Bahnanlagen zu Schäden führen, wäre das gefährlich – und es könnte zu wirklich ärgerlichen Verspätungen führen.

Bericht: Seite 13

Mail: stefan.vonbergen@bernerzeitung.ch

Informatik wird Pflicht

BILDUNG Informatik und Medienbildung soll ab der 3. Primarklasse zum Stundenplan gehören. Damit reagiert die Expertengruppe der Erziehungsdirektorenkonferenz auf die Kritik am Lehrplan 21.

Bereits ab der 3. Klasse sollen Informatik und neue Medien auf dem Stundenplan stehen. Geplant ist eine Lektion pro Woche, in der Oberstufe sollen es zwei sein. Wie die «NZZ am Sonntag» berichtet, schlägt die Expertengruppe der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) dies für den Lehrplan 21 vor. Bei den jüngeren Schülern soll der Fokus auf dem Umgang mit den neuen Medien liegen. In der Oberstufe setzen sich die Jugendlichen vermehrt mit Algorithmen, Programmierung und Computertechnologie auseinander. Laut Beat Zemp, Präsident des Schweizer Lehrerverbands und Mitglied der Arbeitsgruppe, sollen auch Primarschüler lernen, einfache Programme selber zu schreiben.

Mit diesem Vorschlag reagiert die Expertengruppe auf die Kritik am Lehrplan 21. Darin waren Informatik und Medienbildung als überfachliches Thema aufgeführt. Das heisst, es wäre den Lehrern überlassen, was sie den Schülern über Computer beibringen. Im Juli entscheidet die D-EDK, ob und wie die Ideen der Expertengruppe umgesetzt werden. as

Ledige Väter sollen nicht nur für Windeln zahlen

UNTERHALTSRECHT Künftig sollen ledige Väter auch die Betreuung ihrer Kinder mitfinanzieren. Für die einen werden damit die Väter einmal mehr geschröpft. Für die anderen wird eine Gesetzeslücke geschlossen. Am Donnerstag entscheidet der Nationalrat.

Gemeinsame Kinder ja, Hochzeit nein. Immer mehr junge Paare fällen diesen Entscheid. Bereits jedes fünfte Baby wird von einer unverheirateten Mutter geboren. Das sind praktisch doppelt so viele wie noch vor 10 Jahren. Diese Mütter gehen allerdings ein hohes Risiko ein. Denn unverheiratete Väter haben nach einer Trennung weit weniger Pflichten als verheiratete. Sie müssen sich zwar an den direkten Lebenskosten des Kindes beteiligen. Für die Betreuung ist aber die Mutter alleine verantwortlich, sofern das Kind bei ihr lebt.

Das soll sich nun ändern. Am Donnerstag kommt eine entsprechende Gesetzesrevision in den Nationalrat. Der Ausserrhoder FDP-Nationalrat Andrea Caroni ist selber unverheirateter Vater. Er unterstützt die Revision. «Warum sollen sich unverheiratete Väter nach einer Trennung nur an den Kosten für Windeln beteiligen, nicht aber an den Betreuungskosten?» Hier bestehe bisher ein Schlupfloch für unverheiratete Männer. Seine Freundin und er hätten dieses geschlossen, indem sie einen Vertrag über Unterhalt und Betreuung ihres Kindes abgeschlossen hätten. Ohne solchen Vertrag würde er jeder unverheirateten Frau davon abraten, schwanger zu werden.

«Sinnvolle Gleichstellung»

So einleuchtend Caronis Argumente, so heftig wird die geplante Gesetzesänderung trotzdem diskutiert. So warnte die «Neue Zürcher Zeitung»: «Wer ohne Trauschein Vater wird, muss der ledigen Mutter fortan das Leben



Unverheiratete Mütter sollen bei der Revision des Unterhaltsrechts verheirateten Frauen gleichgestellt werden.

Keystone

finanzieren – möglicherweise während Jahren.»

Laut dem Zürcher Nationalrat Daniel Vischer (Grüne) ist das zwar nicht falsch. Nur gelte das für verheiratete Väter schon heute. «In diesem Sinne geht es um die sinnvolle Gleichstellung von Verheirateten und Unverheirateten.» Auch Caroni sagt, die Kritik habe etwas für sich. «Aber sie zielt eigentlich nicht auf das neue Gesetz, sondern auf die heutige Praxis der Gerichte bei geschiedenen Eltern.»

Tatsächlich legt diese fest, dass eine Mutter erst dann wieder Vollzeit arbeiten muss, wenn das jüngste Kind 16 Jahre alt ist. Teilarbeit ist ihr ab dem 10. Geburtstag des jüngsten Kindes zumuten. Laut Caroni machte diese Regelung Sinn, als es noch kaum Krippen gab. «Heute sieht das anders aus.» Gerade ein Teil

der emanzipierten Frauen sagt es deutlicher: Das sei ein falscher Anreiz für Mütter, nicht arbeiten zu gehen. Vischer relativiert allerdings. «Das ist alles eine Frage der Abmachung während der Be-

GESETZESREVISION

Mütter müssen weiter auf Sozialamt

In einem zentralen Punkt verzichtet die Revision des Kindesunterhalts auf eine Neuerung. Es geht um Fälle, in denen nach einer Scheidung oder Trennung zu wenig Geld vorhanden ist. Heute muss der Mann höchstens so viel bezahlen, dass er selber über dem Existenzminimum bleibt. Für Mutter und Kinder bleibt dann zu wenig Geld, und die Mutter muss Sozialhilfe beantragen. Das ist aus zwei Gründen von

ziehung.» Schon heute könne eine verheiratete Mutter, die immer gearbeitet habe, nach der Scheidung nicht plötzlich Vollzeit die Kinder betreuen. «Zudem gilt das Subsidiaritätsprin-

zip. Die Mutter ist verpflichtet, sich möglichst selber zu helfen.»

Spielraum für die Richter

Es stellt sich die Frage, ob die bisherige Gerichtspraxis künftig eins zu eins für Ledige angewandt wird. Klar ist, Bundesrat und Parlament wollen den Richtern viel Spielraum lassen. Trotzdem glaubt Caroni an eine andere Entwicklung. Es gebe Anzeichen, dass sich die Gerichtspraxis ändere. Vielleicht wird sich ein Modell durchsetzen, wie es Caroni vorschwebt. Der (ledige) Vater beteiligt sich anteilmässig an der billigsten Variante der Kinderbetreuung. Meist werde das die Krippe sein. Der Mutter stehe es aber frei, das Geld zu behalten, das Kind selber zu betreuen und weniger zu arbeiten. «Es ist dann ihre Sache, dass sie bescheidener leben muss.» Michael Brunner

Spuhler will in die USA

WIRTSCHAFT Nachdem Stadler Rail kleinere Aufträge aus den USA erhalten hat, hofft das Unternehmen auf einen Grossauftrag. Firmenchef und Ex-SVP-Nationalrat Peter Spuhler prüft den Bau einer Fabrik in den USA.

In Amerika investiert die öffentliche Hand zunehmend in den Schienenverkehr. Davon profitiert die Stadler Rail von Ex-SVP-Nationalrat Peter Spuhler. Bereits vier kleinere Aufträge in New Jersey, Austin, Dallas und jüngst in San Francisco konnte das Unternehmen für sich gewinnen. Wie Spuhler gegenüber der «NZZ am Sonntag» sagt, hoffe er nun auf einen Grossauftrag aus Utah. Am Swiss Economic Forum in Interlaken fand, wie Spuhler bestätigt, ein Gespräch zwischen ihm und dem Senator des US-Gliedstaates statt. Konkret ging es um eine Zahnradbahn, die bei Salt Lake City verschiedene Skigebiete verbinden soll.

Zur Diskussion steht auch der Bau einer Produktionsstätte. Jeder Staat, der etwas bestelle, habe ein Interesse daran, dass vor Ort gefertigt werde, so Spuhler. Eine Fabrik sei aber erst ab einer Serie von 50 Zügen interessant. Stadler will sich um Aufträge in Texas bewerben, bei denen es um über 100 Züge geht. Spuhler: «Wir bauen eine Fabrik, falls wir den Zuschlag zu einem solchen Projekt erhalten.» as